

# Dresdner Neueste Nachrichten

**Bezugspreise:** Bei freier Zustellung ins Haus 2,00 RM. einsech. Trägerschein monatlich  
Sachnummer 1.000 RM. Postbezug monatlich 2,00 RM. einsech. 1,43 RM. Postgebühren  
(Wort 26 Rp.). Zustellungsgeb. Kreuzbandf. für die Woche 1,40 RM.  
**Eingelnummer 10 Rp.**, außerhalb Groß-Dresden 15 Rp.

mit Handels- und Industrie-Zeitung

**Anzeigenpreise:** Grundpreis: Die 1spaltige mm-Zeile im Anzeigenteil 14 Rp., Stellengefühe und protons  
Familienanzeigen 6 Rp., die 29 mm breite mm-Zeile im Textteil 1,50 RM.  
Nachst nach Maßstab I oder Mengensatz B. Preisgebühren für 30  
Anzeigen 30 Rp., wochl. Porto. Zur Zeit ist Anzeigenpreisliste Nr. 2 gültig.

postanschrift: Dresden-N. 1, Postfach - Fernruf: Ortsterminal Sammelnummer 24601, Fernverkehr 27981-27983 • Telegr.: Anette Dresden - Berliner Schriftleitung: Berlin W. 35, Viktorialstr. 1a; Fernruf: Kurfürst 9361-9366  
postfach: Dresden 2060 - Nichterlangte Einlieferungen ohne Rückporto werden weder zurückgeschickt noch aufbewahrt. - Im Falle höherer Gewalt oder Betriebsstörung haben unsere Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Betrages

Nr. 170

Freitag, 23. Juli 1937

45. Jahrgang

## Wehrsteuer-Gesetz erlassen

Nicht zur Erfüllung ihrer zweijährigen Dienstpflicht herangezogene wehrsteuerpflichtig - Vor 1914 Geborene unterliegen der Steuer nicht

### Energisches Dementi Francos

× Salamanca, 22. Juli. (Durch Funkdruck)  
Der Chef des diplomatischen Kabinetts der nationalen spanischen Regierung hat folgende Erklärung veröffentlicht:

„Einige ausländische Zeitungen haben die unwahre Nachricht verbreitet, daß deutsche Offiziere in der Nähe von Gibraltar Artillerie aufstellen, und die englische Zeitung „Daily Herald“ hat berichtet, daß sich auch an der Pyrenäengrenze deutsche Batterien befinden. Das diplomatische Kabinett seiner Exzellenz des Staatschefs teilt diesen unwahren Gerüchten mit einem energischen und entschiedenen Dementi entgegen.“

### Neuer Vorschlag Englands

Die britische Regierung arbeitet an dem Verfahrensplan aus

× London, 22. Juli

Nach einer Neuermeldung soll die britische Regierung einen völlig neuen Verfahrensplan zur Beseitigung der britischen Nichterfüllungsvorschlüsse ausgearbeitet haben. Sie wird diesen in Kürze einer Sitzung des Unterhauses vorlegen. Tag und Stunde dieser Sitzung sind aber noch nicht festgelegt worden, da die Gegenläufe in den Besprechungen der letzten zwei Tage nicht geringer geworden sind.

Nach französischen Berichten soll der neue englische Plan die Reihenfolge des Verfahrens und der Beratungskonferenzen näher festlegen. Angeht es die neuen Vorschläge des Foreign Office vor, die Anerkennung Francos und die Zurückziehung der ausländischen Freiwilligen miteinander zu verbinden und gleichzeitig durchzuführen.

Im allgemeinen herrscht man sowohl in London wie in Paris die Lage am heutigen Freitagmorgen wenig optimistisch. Die „Morning Post“ betont, daß bei den Verhandlungen am Donnerstag keinerlei Fortschritt gemacht worden sei.

Man wird nicht vergessen dürfen, daß die Schwierigkeiten in der spanischen Frage lediglich aus dem Versagen und dem Scheitern des Kontrollmechanismus zurückzuführen sind. Diese Kontrolle nicht nur wiederherzustellen, sondern zu verbessern, war und ist also ganz logischerweise die erste Aufgabe, die dem Nichterfüllungsausschuss, und zwar gerade nach dem englischen Plan, nunmehr obliegt. Von dem Funktionieren dieser Kontrolle hängt in jedem Falle das weitere Schicksal ab, das der Nichterfüllung nicht nur durch die Unterbindung jeder Zufuhr an Menschen und Material, sondern auch durch Heranziehen von ausländischen Freiwilligen dienen soll. Denn erst eine wirksame Kontrolle gibt ja die Gewähr dafür, daß a. B. ausländische Freiwillige, wenn sie erst einmal auf dem zentralen Weg Spanien verlassen haben, nicht durch eine andere Tür wieder hereinzufließen vermögen.

Der Führer und Reichskanzler hat gewiß nicht ohne Rücksicht auf den Empfang des sowjetrussischen Botschafters das lebhafteste Interesse Deutschlands an der Durchführung der Nichterfüllung zum Ausdruck gebracht. Diese ist, allerdings unter der Voraussetzung der Parität für die beiden Parteien, in der Tat das politische Programm Deutschlands wie Italien im spanischen Bürgerkrieg. Ihre Durchführung erfordert vor allem die klare Ueberwindung der Schwierigkeiten und den Verzicht darauf, an Vorkriegsbedingungen, die der Wirksamkeit über der praktischen Durchführung nicht standhalten und den Grundgedanken der Parität gefährden.

Der Nichterfüllungsausschuss darf nicht in die Rolle verfallen, in die zu ihrem Schaden gewisse andere Ausschüsse und Institutionen geraten sind, nämlich für bestimmte Spezialinteressen oder für die Kategorie zu arbeiten, dafür — und auch, infolgedessen — aber in ihrer praktischen Bedeutung und Wirksamkeit mehr und mehr zurückzusinken. Denn die Völker erwarten heute von dem Londoner Ausschuss, daß er in dem konkreten Fall des spanischen Bürgerkrieges umhülft und tatkräftig die wirksame Nichterfüllung durchsetzt, den Konflikt in seinen Hauptaspekten lokalisiert und den übrigen Völkern das Wegweiser den Frieden bewahrt.

## Gerechter Ausgleich geschaffen

Bericht unserer Berliner Schriftleitung

Br. Berlin, 23. Juli

Die Reichsregierung hat unter dem 20. Juli 1937 ein Wehrsteuergesetz erlassen, das alle deutschen Staatsangehörigen, die nicht zur Erfüllung der zweijährigen aktiven Dienstzeit einberufen wurden, zu einer Wehrsteuer heranzieht. Vom 1. September 1937 an werden erstmalig die Angehörigen der Jahrgänge 1914, 1915 und 1916 erfasst. Vor dem 1. Januar 1914 Geborene sind nicht wehrsteuerpflichtig. Diese Wehrsteuer bringt einen gerechten Ausgleich dafür, daß die, die nicht aktiv dienen, sich früher als die andern im Erwerbsleben betätigen können.

In der Begründung zu diesem Gesetz heißt es wie folgt: „Der Begriff der allgemeinen Wehrpflicht gebietet, diejenigen deutschen Staatsangehörigen, die nicht zur Erfüllung der zweijährigen aktiven Dienstpflicht einberufen werden, mit einer besonderen Steuer zu belegen.“

Die Volksgenossen, die zum aktiven Wehrdienst einberufen werden, müssen ihre Berufsausbildung unterbrechen oder, wenn sie die Berufsausbildung schon vollendet haben, ihre Stelle im bürgerlichen Beruf aufgeben. Diejenigen, die nicht aktiv dienen, können ihre Berufsausbildung ohne Unterbrechung vollenden. Sie können früher als diejenigen, die aktiv dienen, ihren erlernten Beruf ausüben oder sich sonst im bürgerlichen Erwerbsleben betätigen. Zum Ausgleich hierfür wird die Wehrsteuer durch das Wehrsteuergesetz eingeführt.

Nach diesem Gesetz haben die nicht zum zweijährigen aktiven Wehrdienst eingezogenen männlichen Deutschen — mit Ausnahme der im Ausland lebenden Deutschen — eine besondere Steuer (Wehrsteuer) zu entrichten.

Wer hat die Steuer zu entrichten?

Bereit von der Wehrsteuer sind nur die Männer, die bei der Erfüllung der Arbeitsdienstpflicht oder der zweijährigen aktiven Dienstpflicht für den Wehrdienst untauglich geworden sind. Keine Wehrsteuer haben die Wehrsteuerpflichtigen zu entrichten, die ein Einkommen von weniger als 224 Mark jährlich oder einen Arbeitslohn von weniger als 52 Mark monatlich bezogen haben.

Die erstmalige Erhebung

Die Wehrsteuer erhebt mit Wirkung vom 1. September 1937 erstmalig die Angehörigen der Jahrgänge 1914, 1915 und 1916, wenn über ihre Nichteranziehung

zur aktiven Dienstpflicht bereits eine endgültige Entscheidung vorliegt. Männer, die vor dem 1. Januar 1914 geboren sind, sind nicht wehrsteuerpflichtig.

Die Steuerpflicht endet am Schluss des Kalenderjahres, in dem der Steuerpflichtige das 45. Lebensjahr vollendet hat. Die Wehrsteuer wird beim Arbeitslohn durch Steuerabzug erhoben, im übrigen veranlagt. Die Wehrsteuer wird nach dem Einkommen bemessen. Der Begriff des Einkommens im Sinne des Wehrsteuergesetzes stimmt mit demjenigen des Einkommensteuergesetzes überein.

Die Höhe der Steuer

Die Wehrsteuer beträgt in den ersten zwei Jahren nach Beginn der Wehrsteuerpflicht (entsprechend den zwei Jahren, in denen der Jahrgang des Steuerpflichtigen die zweijährige aktive Dienstpflicht erfüllt) 10 v. H. der Einkommensteuer (nicht des Einkommens), sondern nur der Einkommensteuer, die auf das Einkommen entfällt, in den folgenden Jahren bis zur Beendigung der Wehrsteuerpflicht 8 v. H. der Einkommensteuer, die für das gleiche Kalenderjahr erhoben wird. Da diese Tarifbestimmungen bei Personen nicht ausreichen, die keine oder nur eine sehr geringe Einkommensteuer zu entrichten haben, ist eine Mindeststeuer vorgelesen. Diese beträgt:

1. Soweit die Wehrsteuer durch Abzug vom Arbeitslohn erhoben wird, in den ersten zwei Kalenderjahren nach Beginn der Wehrsteuerpflicht 4 v. H. des Arbeitslohnes, in den folgenden Kalenderjahren 3 vom Tausend des Arbeitslohnes;

2. Wenn die Wehrsteuer veranlagt wird, in den ersten zwei Kalenderjahren nach Beginn der Wehrsteuerpflicht 5 v. H. des Einkommens, in den folgenden Kalenderjahren 3 vom Tausend des Einkommens.

## Streikende sperren die Seine

Der gesamte Schiffsverkehr lahmgelegt — Flussperren aus Lastfähnen und Schleppern

× Paris, 23. Juli

Der Streik in der französischen Flussschiffahrt hat in den letzten Tagen eine weitere Verschärfung erfahren und zur völligen Lahmlegung des Schiffsverkehrs auf der Seine und ihren Nebenflüssen geführt. Rund 3000 Lastfähnen, Schlepper und andre Schiffe wurden von den streikenden Schiffern als Flussperren auf der Seine und ihren Nebenflüssen verankert. Allein zwischen Paris, Chalon-sur-Marne, Le Havre und Nancy befinden sich 25 solcher Flussbarrieren. Die Lage ist äußerst gespannt. Man rechnet mit einer weiteren Ausdehnung des Streiks und einer Unterbrechung des Schiffsverkehrs auch auf den Kanälen Nordfrankreichs.

Die Zeitung „Epoque“ schildert die Hintergründe dieses Streiks und führt aus, daß es sich bei diesem Streik um einen scharfen

Kampf zwischen den Gewerkschaften und den kleinen selbständigen Flussschiffern

handelt. Man müsse sich vergegenwärtigen, daß der Großteil des französischen Handelsverkehrs auf den Binnenwasserstraßen von selbständigen Kleinunternehmern betrieben werde und daß sich ihre Angehörigen sozusagen in einem Familienverhältnis befinden, das keine sozialen Streitigkeiten kenne. Sie wehren sich deshalb mit Recht gegen die Forderung der G. U. Gewerkschaft, die 40 Stunden-Woche auch in diesem Verkehrszweig einzuführen, da die Verminde rung der Arbeitszeit ihre eigenen nicht hohen Einkünfte weiter beschränken und unweigerlich den Zu-

sammenbruch der Flussschiffahrt herbeiführen würde. Ein ähnliches

herausforderndes Verhalten der Gewerkschaften, die zuerst damit begannen, durch Androhung eines Streiks und durch die Aufforderung zur Herbeiführung von Flussperren durch ihre Anhänger in großen Transportgeschäften, ihre Forderungen zu vertreten, habe nun die Flussschiffahrt dazu veranlaßt, ihrerseits zum Streik zu schreiten.

### Interessante Neuernennungen in Sowjetrußland

× Moskau, 22. Juli

Wie die Tag mittelt, ist der bisherige Volkskommissar für die Abraummittelindustrie, M. I. Kojan, zum stellvertretenden Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare der RSFSR (Innerrußlands) ernannt worden.

Diese neuen Ernennungen in Moskau beanspruchen großes politisches Interesse, denn die Ernennung M. I. Kojans zum stellvertretenden Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare bestätigt die Gerüchte, die aber die Amisenseitigung und Verhaftung Kojans als verbreitet wurden, der bisherige Vorsitzende inne hatte. Ebenso ist die Ernennung W. I. Kojans, des bisherigen Vorsitzenden des Moskauer Zindisowjez, zum Vorsitzenden des Volkskommissariats der RSFSR (Innerrußlands) ein Beweis dafür, daß der bisherige Inhaber dieses Postens, S. I. Lomow, in Ungnade gefallen ist. Auf dem Umwege über diese Neuernennungen ist die sozialistische Agitation also gezwungen, zwei neue Bedeutungsvolle Maßregelungen zuzugeben.

### Die Fahne mit dem goldenen Rad

Auf zum Leistungskampf der deutschen Betriebe!

Hunderttausend Betriebe Sachsens haben sich an einem einzigen Tag bei der Verwaltung der Deutschen Arbeitsfront zur Teilnahme am Leistungskampf der deutschen Betriebe angemeldet. Das ist eine erfreuliche Antwort auf den Aufruf Minister Venzl an alle sächsischen Betriebsführer ihre aktive Teilnahme am Leistungskampf, diesem neuen Zeugnis des deutschen Sozialismus, diesem neuen Bekenntnis zu deutscher Arbeitseinkommensgemeinschaft.

Die Fahne der Deutschen Arbeitsfront mit dem goldenen Rad und dem goldenen Kranz, das Zeichen, daß der Betrieb, den sie schmückt, mit dem Ehrenzeichen eines Nationalsozialistischen Wirtschaftsbetriebs ausgezeichnet worden ist, diese goldene Fahne ist der Preis, um den der Leistungskampf der deutschen Betriebe gehen wird. Eine neue Etappe im Aufbau der deutschen Arbeit. Die Schlacht gegen die Arbeitslosigkeit ist geschlagen und gewonnen. Die Schlacht um den Arbeitseinkommenskampf beginnt.

In gleicher Zeit fast sind die Ueberbrückung über den Arbeitseinkommenskampf im Juni, die das Zünden der Arbeitseinkommenskraft auf den denkbar untersten Punkt offenbarte, und der Aufruf an die Betriebsführer erschienen, sich in die Front des Leistungskampfes zu stellen. Ein hervorragendes Zusammenwirken: Abschlusß des einen, Aufgang des andern, des neuen Arbeitseinkommens. Der deutsche Arbeiter hat wieder seine Arbeitseinkommenskraft erhalten, aus der Arbeitseinkommenskraft ist beinahe eine Arbeiterkraft geworden, und Millionen sind in die Betriebe zurückgeführt, deren Hände und Gehirne in den Verfallsjahren liegen mußten. Aber es sind nicht mehr die Betriebe von gestern, in die sie wieder kommen; es sollen nicht mehr Arbeitsplätze sein, deren einziger Zweck die Lebenshilfe ist, die nur als Kosten einer Gewinnrechnung in den Büchern des Betriebes figurieren. Der deutsche Mensch hat von jeher ein sehr eigenes und eigenliebiges Arbeitsgefühl gehabt, ihm ist die Freude an der Arbeit angeboren und trotz aller Materialisierung des Arbeitsbegriffes in der vergangenen Zeit hat der arbeitende Deutsche sich nie dazu verziehen können, seine Arbeit im marxistischen Sinne als reine Ware zu werten und zu entwickeln. Nicht nur Lohn bedeutet dem deutschen Empfinden Arbeit, sondern auch Leistung, die nicht einfach als Gleichung zwischen Lohn und Arbeitszeit aufreht. Diesem uralten Arbeitsgefühl hat der Nationalsozialismus wieder zum Durchbruch verholfen und im Zeichen des Durchbruchs dieses neuen Arbeitsgeistes in Deutschland steht der Leistungskampf der deutschen Betriebe, der der härteste Ausdruck dieses Geistes werden soll.

Dieser Wettbewerb wird eine Prüfung der Betriebe auf Herz und Nerven sein, eine Prüfung gerade des Geistes, der in den Betrieben herrscht. Es ist ja die große bahnbrechende Tat des Nationalsozialismus für das deutsche Arbeitsleben geworden, in seinen Mittelpunkt die Gewinnung, den Geist zu stellen, aus dem allein alles Wahre und Schöpferische entspringt. Es die lokale Ueberwindung die Ehre des deutschen Arbeiters schließt, ob Kraft durch Freude dem arbeitenden Deutschen ein neues Lebensgefühl schenkt — denn dies ist der Ursprung aller Arbeit —, ob die Berufsberatung und rein sachlicher zur allumfassenden menschlichen Ausbildung sich gewendet hat, immer kommt es im letzten auf die Gewinnung an. Die Grundzüge der Kameradschaft, der Treue, der Ehre haben wieder ihren Platz im deutschen Arbeitsleben erhalten, und die Arbeit in Deutschland hat damit ein neues Gesicht gewonnen. Ein neuer Arbeitertyp, ein neuer Betriebsführertyp ist im verheißungsvollen Werden. Der Arbeiter steht in der Front der nationalen Arbeit, in der Gemeinschaft des Volkes, dem seine Arbeit gilt, und der Betriebsführer, der Mann vor der Front, weiß, daß dieser Platz, dem die Gefolgschaft der Männer hinter ihm gebührt, die Treue zu diesen Männern bedingt. Die deutschen Betriebe sind Arbeitseinkommensgemeinschaften geworden, und aus dem neuen Geist in diesen Betrieben erwächst der neue Aufbau in den deutschen Arbeitseinkommensgemeinschaften, der durch die wenigen Begriffe schon „Schönheit der Arbeit, gesunde Arbeiter, Heimstätten der Deutschen Arbeitsfront“ in seiner reichen Vielfalt angedeutet wird.

In diesen Wochen hat in vier deutschen Gauen die ärztliche Betreuung der schaffenden Deutschen begonnen, ein Werk, das noch niemals bisher erlebt worden ist und das ungenügende Höchstleistungen in den Betrieben zur natürlichen Folge haben wird. Die Zeit ist vorbei, da der Arbeiter seine Arbeit mit seiner Gesundheit bezahlte und manche Arbeitseinkommensgemeinschaften der Gesundheit wurden. In Zehntausenden von Betrieben sind die Vertrauensleute der Arbeitsfront gekommen und haben

1937

Kost

Tage

kg -24  
kg -20

kg -70  
FL -85  
FL -80  
FL -80  
FL -55

RKEN

R